

bereitungen. In einer ganzen Reihe von Ortschaften werden in wahnsinnigem Tempo Kasernen, Flugplätze, Militärlager errichtet. Wohl kaum in einem anderen Land Westdeutschlands sind so viele Ländereien beschlagnahmt und Bauern von Haus und Hof vertrieben worden wie gerade hier. Die Auswirkungen dieser Politik sind natürlich überall spürbar. Nicht nur, daß der Brotkorb immer höher gehängt wird, nicht nur, daß die Gebrauchsgüterindustrie immer mehr gedrosselt wird und Tausende von Arbeitern an den Stempelstellen Schlange stehen, bringt die Kriegsvorbereitung zwangsläufig eine immer spürbarere Faschisierung mit sich. Das Vorgehen der berüchtigten Bereitschaftspolizeieinheiten in Essen zeigte uns ganz klar, wie weit wir uns schon auf diesem Wege befinden. Also, während sich bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik der Wohlstand unserer Bevölkerung hebt, sinkt er ständig im Westen unserer Heimat.

Die Landbevölkerung und vor allem unsere Bauern begrüßen besonders, daß im Haushaltsplan des Landes Sachsen erstmalig Mittel enthalten sind zur Bekämpfung der Wildschweine, so daß sie, die bisher ungeheuren Schaden in der Land- und Forstwirtschaft angerichtet haben, besser bekämpft werden können. Wie war es denn bisher?

Das Ministerium für Land und Forst sowie die Volkspolizei stritten hin und her, wer wohl die Kosten der Bekämpfung der Wildschweine tragen könnte. Inzwischen haben die Wildschweine ganze Arbeit geleistet und einen großen Teil unserer Felder und Wälder unterwühlt. Das wird im kommenden Jahr nicht mehr möglich sein.

In einer der letzten Landtagssitzungen konnten wir durch den uns gegebenen Bericht feststellen, in welchem erschreckendem Maße sich die vom Kartoffelkäfer befallenen Stellen vermehrt haben und welchen Schaden diese anrichten können.

Es war für uns ein Alarmzeichen, festzustellen, daß die Kartoffelkäfer jährlich große Strecken zurücklegen, so daß sie fast die Grenze der Volksdemokratien erreicht haben. Es muß deshalb Aufgabe aller Patrioten sein, sich noch aktiver bei der Bekämpfung des Kartoffelkäfers einzusetzen. In unserem Haushaltsplan sind erstmalig neben den obligatorischen Bekämpfungsmitteln auch 50 000 DM Prämien für vorbildlichen Einsatz bei der Bekämpfung von Kartoffelkäfern vorgesehen. Daß unsere Regierung speziell Mittel für derartige Prämien zur Verfügung gestellt hat, zeigt uns, wie ernst sie sich mit dieser Frage beschäftigt hat. Gleichzeitig gibt sie unseren besten Patrioten eine materielle Anerkennung für ihren Einsatz. Das schließt allerdings nicht aus, daß wir weiterhin bestrebt sein müssen, noch mehr als bisher der Bevölkerung die Gefahr des Kartoffelkäfers deutlich zu machen und wirkungsvolle Einsätze zu dessen Bekämpfung zu organisieren.

Der Haushaltsplan ist die Grundlage zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes. Deshalb ist es notwendig, daß alle Verwaltungen, VEB und Organisationen für unbedingte Finanzdisziplin Sorge tragen, denn nur, wenn wir Finanzdisziplin wahren, sind wir in der Lage, die vorgesehenen Erhöhungen in den Einnahmen sowie Ausgaben des Haushaltsplanes zu erreichen. In seinem Bericht über den Haushaltsplan vom Jahre 1951 hat Herr Minister Adam u. a. ausgeführt: Im Einzelplan des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind die Einnahmen aus den Bodenreform-Kaufgeldern mit rund 3,8 Millionen DM für 1951 zurückgeblieben. Als Ursache gibt er mangelhafte Planung an, weil die Unterlagen der Buchhaltung nicht auf dem laufenden waren und damit der Überblick des Landes aus der Bodenreform fehlt.

Wir sind der Meinung, daß das der Ausdruck eines ziemlichen Schlendrians im Ministerium ist, wenn es nicht möglich ist, die Unterlagen ordnungsgemäß zusammenzuhalten. Wir fragen deshalb das verantwortliche Ministe-

rium, was es zu tun gedenkt, um eine ordnungsgemäße Herbeischaffung der Unterlagen zu gewährleisten.

Wie sieht nun die Eintreibung dieser Gelder aus? Irgendwer wird damit beauftragt, ohne Kenntnis davon zu haben, wie die wirklichen Verhältnisse bei den einzelnen Bauern aussehen. Wir sind der Meinung, daß man diese verantwortungsvolle Aufgabe nur in Verbindung mit den Bürgermeister der Orte durchführen sollte, da sie am besten über die Verhältnisse des einzelnen Bauern unterrichtet sind.

Wir möchten deshalb die Frage an den Herrn Minister stellen: Ist einmal gründlich überprüft worden, ob die Veranlagung nicht zu hoch ist? Wir können doch feststellen, daß gerade unsere Bauern durch ihre bereitwillige und vorbildliche Ablieferung mitgeholfen haben, die bessere Versorgung unserer Bevölkerung zu gewährleisten, daß unsere Bauern bereitwilligst ihren Verpflichtungen nachkommen und treu zu unserer Regierung stehen. Das beweisen auch die vielen Selbstverpflichtungen, die die Bauern in bezug auf vorfristige und verlustlose Einbringung und Ablieferung der Ernte sowie Erhöhung ihres Viehbestandes und der Hektarerträge übernommen haben.

Wir bitten deshalb das Ministerium, einmal genauestens zu überprüfen, wo die Ursachen der nichterfüllten Beitreibung der Bodenreform-Kaufgelder liegen. Sind sie in einer zu hohen Veranlagung zu suchen, dann muß das revidiert werden. Oder liegt Böswilligkeit vor, dann muß man mit diesen Bauern sprechen, ihnen klarmachen, daß jeder Bürger unseres Landes auch Verpflichtungen hat, die er unbedingt einhalten muß.

Aus dem Bericht des Herrn Ministers ist weiterhin zu ersehen, daß 625 000 DM Milchleistungszuschüsse und Zuschüsse für Stallausbauten nicht ausgezahlt werden konnten, da die erforderlichen Durchführungsbestimmungen noch fehlten. Wir finden es unverantwortlich von dem Ministerium, Gelder in Höhe von über einer halben Million DM nicht auszugeben, nur weil keine Durchführungsbestimmung vorhanden ist. Manchem unserer Neubauern, der nicht weiß, wo er sein Vieh unterbringen soll, konnte mit diesem Gelde geholfen werden. Die Schwächen und Mängel im vergangenen Jahr, die hier aufgezeigt wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Der Haushaltsplan des Landes Sachsen verdient es, von allen Bürgern unseres Landes gründlich studiert zu werden. Wir verpflichten uns, unseren Mitgliedern zu sagen, daß das Studium dieses Planes eine wertvolle Hilfe im Kampf für die Erhaltung des Friedens ist und dazu beiträgt, die Deutsche Demokratische Republik, die feste Basis im nationalen Befreiungskampf unseres Volkes, weiter zu festigen und den Wohlstand schneller zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen der VVN, der VdGB und der Genossenschaften stimmt dem Haushaltsplan zu. (Beifall.)

Präsident Otto Buchwitz:

Das Wort hat Kollegin Luksch für die Fraktion des DFD. Ihr folgt zu diesem Punkt als letzter Redner Kollege Winkler von der Fraktion der NDBD.

Abg. Hilda Luksch (DFD):

Meine Herren und Damen!

Gestatten Sie mir einen kleinen Rückblick. Zur Weihnachtszeit 1947 stand ich in einem Spielzeugwarengeschäft und wollte ein passendes Geschenk für mein damals sechsjähriges Patenkind kaufen. Es gab schon vieles, aber was! Ich konnte diesem Wildfang doch nicht ein Holzpferdchen oder ein Päckchen Holzhäuschen schenken. Ein Wagen wäre noch interessant gewesen, aber schon beim ersten Versuch, ob dieser auch rollt, ging er, wie man im Volks-